

Beschluss Nr.: 1

Antragsteller: AfA-Landesvorstand

Empfänger: SPD-Landesvorstand, AfA-Bundeskonferenz

Betreff: Aufstehen für Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit

Aufstehen für Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit

I. Ursachen der sozialdemokratischen Wahlniederlage

Die SPD hat bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 eine schwere Niederlage erlitten. Die Gründe für diese Niederlage sind zum Teil hausgemacht. Dabei sind insbesondere fünf Gründe zentral:

1. Die SPD hat sich seit 2000 kontinuierlich von ihrer Stammwählerschaft entfernt. Ursache waren falsche Weichenstellungen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Zu nennen sind insbesondere:

- die Teilprivatisierung der Altersversorgung durch die Einführung der Riester-Rente verbunden mit massiven Einschränkungen im Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung bis hin zur Rente mit 67
- die Arbeitsmarktreformen, die in weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft Furcht vor Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen sozialen Abstieg ausgelöst haben. Viele Arbeitnehmer haben blanke Existenzangst und fühlen sich nach einem langen Arbeitsleben um die Früchte ihrer Arbeit betrogen.
- die Beförderung des Niedriglohnssektors im Gefolge der Arbeitsmarktreformen, die die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderdriften ließ.
- die zeitgleiche massive Entlastung der Unternehmen.
- die Ignorierung der volks- und weltwirtschaftlichen Verwerfungen, die durch Liberalisierung, Privatisierung und Umverteilung die Weltwirtschaftskrise wesentlich verursacht haben.

In der Folge hat die SPD in ihren Kernkompetenzen Arbeit und Soziales deutlich an Vertrauen verloren. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und Arbeitslose haben die SPD nicht mehr als Sachwalterin ihrer zentralen Interessen wahrgenommen. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften ist seitdem massiv gestört und gerade im mittleren Funktionärsbereich der Gewerkschaften hat die SPD vielfach die Unterstützung verloren. Die Wahlniederlage vom 27. September ist die Quittung für falsche politische Weichenstellungen der SPD in den letzten Jahren.

2. Die SPD hat aufgrund dieser Politik ein Glaubwürdigkeitsproblem. Viele Menschen haben der SPD den teilweisen Kurswechsel seit dem Hamburger Bundesparteitag nicht abgenommen. Richtige Entscheidungen, wie der konsequente Einsatz für Mindestlöhne, die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, eine klare Positionierung zur Regulierung der Leiharbeit, die Durchsetzung einer krisenmildernden Wirtschaftspolitik im Gefolge der Finanzkrise, klare Positionen zur Regulierung der Finanzmärkte wurden in breiten Teilen der Arbeitnehmerschaft von Wut und Ärger über die oben beschriebenen Maßnahmen überlagert. Man hat den Agenda-Politikern den ernsthaften Willen zur Veränderung auf diesen Handlungsfeldern schlicht nicht geglaubt.

3. Das Glaubwürdigkeitsproblem wurde noch dadurch verstärkt, dass der SPD eine reale Machtoption fehlte. Der definitive Ausschluss jeder Zusammenarbeit mit der Linken führte zu einem Wahlkampf für die Junior-Partner-Rolle in der Großen Koalition. Die Alternative einer Ampel-Koalition war unrealistisch und zudem konnte man nicht erklären, wie Politik für Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit ausgerechnet mit der FDP umgesetzt werden könnte.

4. Ein strukturelles Problem liegt in der geringer gewordenen Verankerung der Partei in breiten Bevölkerungsschichten. Der ständige Austausch mit Gewerkschaften und Betriebsräten, die Verankerung in Vereinen, in Sport und Kultur, kurz die Vertrauensarbeit vor Ort ist lange keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Ursachen sind sicher vielfältig und regional unterschiedlich.

5. Die SPD hatte in den letzten Jahren ein innerparteiliches Defizit an Demokratie und Transparenz. Die Programmdebatte z.B. war in der Breite der Partei nicht verankert. Regierungsbeteiligung erfordert sicher klare Führung. Wesentliche Entscheidungen etwa in der Sozialpolitik wurden aber getroffen, ohne eine ausreichende Diskussion in der Partei auch nur zuzulassen. Politik ist nie alternativlos.

II. Anforderungen an die Neuausrichtung der SPD

Ein personeller Neuanfang ist notwendig und richtig. Der Neuanfang kann aber für die SPD nur erfolgreich gestaltet werden, wenn auch eine inhaltliche, strukturelle und strategische Neuausrichtung eingeleitet wird. Dabei sind dabei folgende Schwerpunkte zentral:

1. Die SPD braucht die Stärkung innerparteilicher Demokratie und Transparenz. Wir werden den Neuanfang nur schaffen, wenn die Mitglieder auf diesem Weg mitgenommen werden. Der Parteivorstand wird aufgefordert, mit den Gliederungen Vorschläge zu erarbeiten, wie die Beteiligungsrechte der Mitglieder wieder gestärkt werden können.
2. Die SPD muss Kurskorrekturen in den zentralen Politikfeldern der Beschäftigungspolitik und der sozialen Sicherung vornehmen. Insbesondere besteht der Korrekturbedarf bei den Reizthemen „Bezugsdauer Arbeitslosengeld 1“, „Leistungshöhe des Arbeitslosengeld 2“ und „Rente mit 67“. Hier ist offensichtlich, dass sozialdemokratische Politik an den Sorgen und Nöten der Menschen vorbeiging. Das war und ist nicht ein Problem mangelnder oder falscher Kommunikation.
3. Die massive Exportorientierung der deutschen Wirtschaft bedarf einer ausgewogenen Balance: Der Binnenmarkt muss gestärkt werden. Im Mittelpunkt muss die Stärkung der Binnennachfrage durch produktivitätsorientierte Löhne sowie der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in Bildung und Weiterbildung, in der Forschung und beim Energiesparen sowie bei Gesundheit und Pflege stehen.
4. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren überproportional gewachsen. Wir haben eine historisch niedrige Lohnquote erreicht und die Lohnspirale entwickelt sich immer mehr nach unten. Die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung ist spürbar und greifbar. Die Menschen wollen keinen „Nachtwächterstaat“, sie wollen eine Politik, die solidarische, gerechte und humane Bedingungen schafft. Die SPD muss sich für Verteilungsgerechtigkeit durch die Einführung einer Vermögensteuer und eines höheren Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer einsetzen. Die zusätzlichen Einnahmen sollen vor allem für Bildung und andere öffentliche Zukunftsinvestitionen sowie für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise macht sich die SPD zu Recht für die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer stark, denn die Krisenverursacher müssen auch die Zeche bezahlen. Nur so kann ein von der Breite der Bevölkerung akzeptierter solidarischer Lastenausgleich gewährleistet werden.
5. Die SPD muss erkennen, dass sich insbesondere langjährige Beitragszahler mit der Ablösung der Arbeitslosenhilfe durch die Grundsicherung für Arbeitsuchende um ihre Lebensleistung betrogen fühlen. Deshalb ist eine (zeitlich befristete und möglicherweise nach Lebensjahren zeitlich gestaffelte) Anschlussleistung an das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld notwendig, die den direkten Abstieg in die Grundsicherung verhindert.
6. Die SPD muss Abschied nehmen von der strikten Ausrichtung der Alterssicherungspolitik am Beitragssatzziel. Die gesetzliche Rentenversicherung hat durch die Leistungskürzungen und

die Veränderungen der Rentenanpassungsformel in weiten Teilen der jungen und mittleren Generation an Akzeptanz verloren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben von der Deckelung des Beitragssatzes nicht profitiert, denn Ihre Beitragsbelastung ist durch die einseitige Verlagerung der Risiken auf die private Vorsorge sogar gestiegen. Die SPD muss sich für eine Resolidarisierung in der Gesetzlichen Rentenversicherung stark machen. Solidarische Alterssicherungspolitik muss sich am Lebensstandard orientieren und Altersarmut ausschließen. Eine solidarische Bürgerversicherung mit stark umverteilenden Elementen in Verbindung mit einer armutsfesten Grundsicherung wird diesem Anspruch gerecht.

7. Die SPD muss sich für einen Kurswechsel in der aktiven Arbeitsmarktpolitik einsetzen. Dazu gehört die strikte Orientierung an der Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt phantasieloser Ein-Euro-Jobs wäre ein überfälliger Anfang. Das Prinzip „Fordern und Fördern“ muss im Einklang stehen: Die Qualifizierungsmaßnahmen wurden in den letzten Jahren massiv zurückgefahren; hier ist ein Umdenken zwingend erforderlich, weil Qualifizierung der Schlüssel zum Erfolg ist. Die SPD muss sich aber auch für die Schaffung eines echten öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der die Integration von Langzeitarbeitslosen mit multiplen Vermittlungshemmnissen mittelfristig in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern soll, einsetzen.
8. Die SPD kann das Konzept der guten Arbeit nur glaubwürdig vertreten, wenn die Ursachen für schlechte Arbeit klar benannt werden. Die Mindestlohnpolitik ist richtig. Es müssen aber auch die Ursachen für die massive Ausbreitung des Niedriglohnsektors beseitigt werden. Zentrale Ursache war in den letzten Jahren die Zumutbarkeitsregelung im SGB II (durchgesetzt von CDU/CSU und FDP im Vermittlungsausschuss), nach der jede Arbeit zu noch so geringem Lohn zumutbar ist. Die SPD muss sich wieder dafür einsetzen, dass zumutbare Arbeit an die jeweiligen tariflichen Löhne gebunden wird und Tariftreuerregelungen insgesamt gefördert werden. Eine unmittelbare Ursache für die steigende Niedriglohnquote ist die Förderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu Lasten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Hier muss die SPD dafür sorgen, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, befristete Beschäftigung und Mini-Jobs eingedämmt werden.
9. Die SPD muss ihre Politik wieder insbesondere an den Interessen der breiten Arbeitnehmerschaft ausrichten. Die Arbeitnehmerschaft bildet weiter die Basis der SPD und ihrer Mehrheitsfähigkeit. Die SPD ist immer dann stark, wenn ihr in den für uns zentralen Politikbereichen Beschäftigungssicherung und soziale Gerechtigkeit die Kernkompetenz zugesprochen wird. Umgekehrt verliert die SPD ihre Mehrheitsfähigkeit, wenn der Eindruck entsteht, dass sich die Partei von den Interessen der breiten Arbeitnehmerschaft abkoppelt. Angesichts steigender Arbeitsbelastung müssen bewährte sozialdemokratische Konzepte wie z.B. Humanisierung der Arbeit, Arbeitnehmerschutz und Gesundheitsprävention wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.
10. Unbegrenzte unternehmerische Entscheidungsfreiheit im europäischen Standortwettbewerb bringt schwerwiegende gesellschaftliche und soziale Folgen mit sich: An kurzfristigen Renditen orientierte Betriebsschließungen und Standortverlagerungen haben Massenentlassungen zur Folge. Die SPD muss sich für eine stärkere Demokratisierung der Wirtschaft einsetzen. Mitbestimmung ist ein Standortvorteil: Sie erhöht Motivation und Produktivität der Mitarbeiter und trägt wesentlich zum nachhaltigen, wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen bei. Volkswirtschaften profitieren von der Unternehmensmitbestimmung: Unternehmen mit ausgedehnter Mitbestimmung weisen eine gerechtere Einkommensverteilung auf, besitzen eine gute wirtschaftliche Attraktivität, verfügen über eine starke Weltmarktposition und der soziale Frieden ist weitestgehend sichergestellt. Die SPD muss sich für den Ausbau der Gestaltungs- und der Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stark machen. Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung müssen Entscheidungen zu Standortverlagerungen als zustimmungsbedürftiges Geschäft, das eine Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat erfordert, verbindlich für alle Kapitalgesellschaften geregelt werden. Viele Unternehmen und Betriebe haben durch ihre Größe keine Unternehmensmitbestimmung, deshalb muss der §106 des Betriebsverfassungsgesetzes in

seiner Rechtskraft von einem Unterrichts- und Beratungsrecht zu einem Mitbestimmungsrecht aufgewertet werden.

11. Nur auf dieser Grundlage wird für breite Wählerschichten die Vertrauensbasis gegenüber der Sozialdemokratie hergestellt, die notwendig ist, um überhaupt mit den vielen guten Angeboten unserer Programmatik durchzudringen, die ohne Zweifel im Regierungsprogramm und im Deutschlandplan gegeben sind.
12. Unabdingbar ist dabei die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf allen Gliederungsebenen. Der Gewerkschaftsrat muss politisch aufgewertet werden. Eine zusätzliche Regionalisierung des Gewerkschaftsrates schafft die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der SPD mit den Gewerkschaften auch auf den verschiedenen Gliederungsebenen.
13. Notwendig ist schließlich eine stärkere Zielgruppenorientierung unserer Arbeit. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen dabei eine zentrale Rolle einnehmen. Bestehende Defizite müssen aufgearbeitet und Vorschläge für stärkere Verankerung und Dialog erarbeitet werden.
14. Die SPD wird nur dann glaubwürdig vermitteln, dass sie bereit ist, ihre Ziele in reale Politik umzusetzen, wenn sie sich auch reale Regierungsoptionen erschließt. Dazu ist die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien Voraussetzung.

Ohne eine starke SPD wird es in Deutschland keine Mehrheit für eine Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben, deshalb muss die SPD sich ihrer Kernkompetenzen für Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit besinnen und eine solche Politik unter breiter Einbindung ihrer Mitglieder auf allen Ebenen umsetzen.

Beschluss Nr.: 2

Antragsteller: AfA-Landesvorstand

Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion, AfA-Bundeskonferenz

Betreff: Gesetzliche Rentenversicherung

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die gesetzliche Rentenversicherung als die tragende Säule der Lebensstandardsicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Alter und bei Erwerbsminderung zu verteidigen und mittelfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

Dies bedingt kurzfristig:

1. Die Rücknahme der Heraufsetzung des Rentenzugangsalters auf 67 Jahre.
2. Verbesserungen des Leistungsniveaus für Menschen, die langandauernd von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder in prekärer Beschäftigung – insbesondere im Niedriglohnsektor – stehen.
3. Eine Erleichterung des Zugangs zur Erwerbsminderungsrente sowie die Abschaffung der Rentenabschläge bei einem aus gesundheitlichen Gründen erzwungenen vorzeitigen Rentenzugang.
4. Die Erhaltung der Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand für ältere Beschäftigte durch eine Fortsetzung der geförderten Altersteilzeit über das Jahr 2009 hinaus sowie eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Bezug einer Teilrente.

Begleitet werden müssen diese dringend notwendigen Reformschritte von einem grundsätzlichen Paradigmenwechsel: Die Notwendigkeit der Sicherstellung eines auskömmlichen Leistungsniveaus darf nicht länger einem willkürlich gegriffenen Beitragssatzziel untergeordnet werden.

Beschluss Nr.: 3

Antragsteller: AfA-Kreisverband Mannheim

Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion

Betreff: Folgen der Finanzkrise für abhängig Beschäftigte mildern!

Progressionsvorbehalt für Beschäftigte in Kurzarbeit auszusetzen!

Der AfA-Landesvorstand Baden-Württemberg spricht sich für die Aussetzung des Progressionsvorbehalt nach § 32 b Absatz 1 Einkommenssteuergesetz für die Jahre 2009 und 2010 aus.

Die Wirtschaftskrise hinterlässt ihre Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Beschäftigte sind von Kurzarbeit betroffen. Kurzarbeit ist eine richtige Antwort auf Auftragsrückgänge, um Beschäftigte in den Betrieben zu halten und Betriebe von Kosten zu entlasten, um damit bei wieder zunehmendem Auftragseingang sofort lieferfähig sein zu können. Für Beschäftigte bietet Kurzarbeit die Chance, im Betrieb zu bleiben und damit von Arbeitslosigkeit verschont zu werden.

Kurzarbeit bedeutet für die Beschäftigten jedoch auch einen hohen finanziellen Verlust gegenüber der bisherigen Einkommenssituation. Die Beschäftigten in Kurzarbeit tragen damit in einem hohen Maß die finanziellen Lasten der Krise. Einer Krise, die von den Vertretern einer neoliberalen Politik verursacht wurde.

Die Beschäftigten sind jedoch nicht nur von Arbeitslosigkeit bedroht und haben während der Kurzarbeitsphasen deutlich weniger Einkommen zur Verfügung, sie sind darüber hinaus am Jahresende bei ihrer Einkommenssteuererklärung auch noch von dem sogenannten Progressionsvorbehalt bedroht. Dieses führt im Regelfall bei ausgedehnter Kurzarbeit zu erheblichen Steuernachzahlungen für die Beschäftigten.

Beschluss Nr.: 6

Antragsteller: AfA-Kreisverband Ortenau

Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion

Betreff: Umsatzsteuerrecht

Umsatzsteuerrecht

Jährlich werden in Deutschland und Europa Milliarden an Umsatzsteuer hinterzogen. Auf europäischer Ebene sind vor allem Karussell-Geschäfte dafür verantwortlich. Auf nationaler Ebene werden durch Scheinrechnungen/Abdeckrechnung Milliarden an Umsatzsteuer hinterzogen.

Dem könnte man Abhilfe schaffen, durch Änderung des Umsatzsteuerrechts auf nationaler und europäischer Ebene, in dem die Vorsteuer erst dann erstattet werden kann, wenn die Umsatzsteuer durch den Käufer entrichtet wurde.

Die jetzige Regelung, dass allein die Rechnung für die Vorsteuer ausreicht, öffnet der Umsatzsteuerhinterziehung Tür und Tor.

Beschluss Nr.: 7

Antragsteller: AfA-Kreisverband Rhein-Neckar

Empfänger: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betreff: Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst

Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Parlament sich dafür ausspricht, dass der Öffentliche Dienst bei den Tarifverhandlungen als Arbeitgeber ein Angebot macht, das eine deutliche Kaufkraftsteigerung darstellt und eine soziale Komponente enthält.

Beschluss Nr.: 8

Antragsteller: AfA-Kreisverband Rhein-Neckar

Empfänger: SPD-Parteivorstand

Betreff: Soziale Demokratie - in Deutschland und in Europa

Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und eine einheitliche Währung eingeführt. Jetzt gilt es, die soziale Dimension der EU zu stärken –sie ist der zentrale Teil unseres europäischen Gesellschaftsmodells. Deshalb wollen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Wettbewerbsprinzip der sozialen Dimension nachordnen. Im Mittelpunkt müssen die Menschen stehen - nicht die Märkte. Die in der Europäischen Grundrechtecharta festgelegten sozialen Grundrechte müssen Wirklichkeit werden.

Grundlegend für alle Sozialstaaten in Europa sind ein entwickelter und leistungsfähiger Staat, Sozialsysteme zur Absicherung elementarer Lebensrisiken, öffentliche Daseinsvorsorge, geregelte Arbeitsbedingungen sowie Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Diese Stärken Europas wollen wir weiter entwickeln. Wir wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, aber gemeinsame Mindeststandards durchsetzen, durch Kooperation für alle Europäerinnen und Europäer nutzbar machen und durch den Austausch über beste Praxis verbessern. Wir können dabei viel voneinander lernen und uns gemeinsam neue Wege aus der Krise öffnen. Zudem werden damit faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Staaten festgelegt, um Sozialdumping zu verhindern.

Wir wollen eine starke Europäische Union, die von den Menschen solidarisch und aus Überzeugung getragen wird. Deshalb sind wir für mehr Transparenz und Mitsprache auf allen europäischen Ebenen und eine stärkere Vernetzung zwischen der europäischen und den nationalstaatlichen Ebenen.

Nur mittels eines handlungsfähigen Staates ist soziale Demokratie in Europa, im Bund, im Land und in den Kommunen möglich. Nur ein leistungsfähiger Staat besitzt die notwendige Gestaltungsfreiheit und kann zum Nutzen der Menschen wirken. Nur ein vernünftiges Verhältnis von staatlichen Einnahmen und Ausgaben, nur eine ausgewogene Bilanz von langfristigen Zukunftsinvestitionen und rentierlicher Verschuldung sichert die Gegenwart und sorgt vor für zukünftige Generationen.

Wir wollen, dass dem Staat, dem Bund, den Ländern und den Kommunen die erforderlichen Einnahmen durch die notwendigen Steuern gesichert werden. Einen armen Staat können sich nur die Reichen leisten.

Die Schere zwischen arm und reich ist in den letzten Jahren zu Gunsten der ganz Reichen und damit auch zu Lasten des Staates stark auseinandergegangen. Noch nie waren in einem Aufschwung die Realeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte gesunken. Die Früchte des letzten Konjunkturaufschwungs ernteten allein die Unternehmen, die hohen Einkommensbezieher und großen Vermögensbesitzer, die diese vor allem für Finanzmarktinvestitionen anstelle realwirtschaftlicher Investitionen nutzten.

Wir brauchen deshalb einen Richtungswechsel, der dafür sorgt, dass der geschaffene Wohlstand allen zu Gute kommt. Es kann nicht sein, dass sich nur ein ganz kleiner Bruchteil sorgenfrei fühlt und die übergroße Mehrheit, Angst vor den Folgen der Krise und einem Absturz haben muss.

Dazu braucht der Staat die entsprechenden Mittel.

1. Die starken Schultern müssen hierbei deutlich mehr tragen als die Schwachen. Wir unterstützen die Forderung nach einer substantiellen Reichensteuer und nach der konsequenten Schließung aller

Steuerschlupflöcher und Steueroasen.

Wir halten die Einführung einer Vermögenssteuer zur Sicherung der Landesfinanzen genauso für notwendig, wie die Anhebung der Erbschaftssteuer auf große Vermögen. Mit einer höheren Erbschaftssteuer können wir die dringend notwendige Bildungsoffensive finanzieren, die die Zukunft unseres Landes sichert. Die Börsenumsatzsteuer ist überfällig, als ein Mittel der Regulation gegen das schnelle Rad im Spielcasino des Finanzkapitalismus und zur finanziellen Stärkung des öffentlichen Bankensektors. Eine Finanztransaktionssteuer kann, im Rahmen der G 20 Staaten eingeführt, eine erneute Ausuferung des Finanzkapitalismus verhindern.

2. Die nachhaltige Verbesserung der Einnahmen des Landes muss mit einer nachhaltigen Begrenzung der Ausgaben einhergehen, wenn wir aus der Schuldenspirale und der drohenden Handlungsunfähigkeit des Landes herauskommen wollen. Allerdings sprechen wir uns mit dieser Handlungsanleitung jedoch strikt gegen die kontraproduktive Schuldenbremse aus, wie sie mit der Föderalismus-Reformkommission II zwischen Bund und Ländern vereinbart wurde. Die im Grundgesetz festgeschriebene Verpflichtung ab dem Jahr 2020 Haushalte ohne neue Kredite aufzustellen, nimmt dem Staat die notwendige Handlungsfreiheit auf aktuelle Gegebenheiten adäquat reagieren zu können.

3. Wir brauchen strukturelle Veränderungen in der Verwaltung, Aufgabenabbau und einen effektiveren Einsatz des Verwaltungspersonals. Hierzu ist ein Höchstmaß an Mitwirkung der Beschäftigten nötig. Dabei dürfen die Beschäftigten nicht die Verlierer der Konsolidierung werden, haben sie doch mit Arbeitszeitverlängerung, Arbeitsverdichtung, Lohnzurückhaltung und teilweise Kürzungen sehr viel geleistet. Sie haben einen Anspruch auf eine faire und verlässliche Behandlung. Das heißt auch, dass es mit uns betriebsbedingte Kündigungen nicht geben wird, Personalabbau kann für uns nur das letzte Mittel sein, um entstehende Überkapazitäten abzubauen. Vorher müssen Möglichkeiten, wie die Reduzierung der Wochenarbeitszeit, ausgeschöpft werden.

4. Bei den Entscheidungen um die Zukunft des Föderalismus in Deutschland haben wir erleben müssen, dass die konservativ regierten Bundesländer ihr Heil in einem Konkurrenz-Föderalismus suchen. Wir plädieren und kämpfen stattdessen für mehr Zusammenarbeit in der Sache bei Bund, Länder und Kommunen – auch in Richtung Europa. Wir fordern für die Chancengleichheit aller Kinder in Deutschland die Übertragung der Kompetenzen für Bildung auf Bundesebene – ein Kind darf nicht schon aufgrund seiner Herkunft aus bestimmten Bundesländern benachteiligt werden.

5. Wir sprechen uns ausdrücklich für eine umlagefinanzierte, Lebensstandard sichernde Altersrente aus. Die Geschichte hat uns gezeigt, dass nur eine umlagefinanzierte Rente Krisen ohne größere Probleme überstehen kann.

Damit eine solche Altersrente zukunftsfähig sein kann fordern wir die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und die Ausweitung der Sozialversicherungspflicht für alle Einkommensarten.

Resolution

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Baden-Württemberg unterstützt die Forderung des Betriebsrats des Daimler-Werkes Sindelfingen und der IG Metall, dass die Mercedes-C-Klasse auch weiterhin in Sindelfingen gefertigt werden muss.

Für die Beschäftigungssituation im Mercedes-Werk Sindelfingen und in den Zulieferbetrieben, aber auch darüber hinaus, ist es von zentraler Bedeutung, dass die Produktion der C-Klasse im Sindelfinger Werk verbleibt. Wir erklären uns mit den Mitarbeitern im Werk solidarisch und unterstützen sie in der Auseinandersetzung über den Verbleib der Baureihe.

Die Geschäftsleitung von Daimler steht in der Pflicht, den Beschäftigten ihre Angst um den Arbeitsplatz zu nehmen und die Sicherung der Arbeitsplätze durch hochwertige und zukunftsfähige Großserienfahrzeuge am Standort Sindelfingen zu sichern.

Das Unternehmen muss die gemeinsame Erklärung des Landrats des Kreises Böblingen, der Oberbürgermeister von Böblingen und Sindelfingen sowie der IG Metall ernst nehmen und ihrer Verantwortung für die Arbeitsplätze in der Region gerecht werden. Sie steht in der Pflicht, die Arbeitsplätze in der Region langfristig zu sichern.

Die voraussichtlich entstehenden Personalüberhänge, sollte die Verlagerung vollzogen werden, sind nicht sozialverträglich beherrschbar. Die AfA Baden-Württemberg teilt die Forderung des Betriebsrats nach einer ausgeglichenen Personalplanung, wie sie die Vereinbarung über die Zukunftssicherung bis 2012 vorsieht.

Das Mercedes-Werk in Sindelfingen hat für die Wirtschaftskraft und die Beschäftigung in der Region eine hochrangige Bedeutung. Von einer Verlagerung wären zahlreiche Zuliefererbetriebe, aber auch z. B. der Einzelhandel und die Immobilienwirtschaft unmittelbar betroffen. Diese Auswirkungen dürfen vom Management des Daimler-Konzerns nicht außer Acht gelassen werden. Deshalb unterstützt die AfA Baden-Württemberg die Forderung nach einem tragfähigen Konzept für eine langfristige Beschäftigungssicherung.

Im Mercedes-Werk Sindelfingen bilden die Entwicklung von Spitzentechnologien und eine qualitativ hochwertige Fertigung eine hervorragende Kombination. Dazu haben Generationen von Arbeitnehmern aus der Region beigetragen. Es ist deshalb unverantwortlich, den Traditionsstandort des Unternehmens zu schwächen.

Für die Beschäftigungssituation ist es von zentraler Bedeutung, dass die Produktion der C-Klasse in Sindelfingen bleibt. Der Vorstand von Daimler wird aufgefordert, auf der Basis eines klaren Konzepts zu zeigen, dass in der Region keiner um seinen Arbeitsplatz Angst haben braucht.

Resolution

Grundlagen politischen Handelns

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Wirtschaftskrise von historischem Ausmaß. Doch statt auf sozialen Ausgleich zu setzen, haben die Bürgerinnen und Bürger bei der Bundestagswahl 2009 eine neue Bundesregierung an die Macht gespült, die mit ihren Parteiprogrammen für das genaue Gegenteil steht.

Sie steht für die Reduzierung des Freiheitsgedanken auf die „Freiheit der Gewinnmaximierung“. Und mit ihr wurde das „Leistungsprinzip“ pervertiert zum Prinzip „Leistung soll sich wieder lohnen“, aber nur für Spekulanten und Renditejäger. Unter Menschenwürde versteht man Bankgeheimnis und Persönlichkeitsschutz für prominente Steuerhinterzieher.

Was wir jetzt brauchen, ist eine andere Politik. Eine Politik, in deren Zentrum Ausgleich und soziale Gerechtigkeit stehen. Eine Politik, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Mitbestimmung und Teilhabe am von ihnen erwirtschafteten Erfolg sichert. Wir brauchen nach der Vergötterung der freien Märkte einen Neustart, eine neue Balance von Markt und Staat. Wir brauchen einen Staat, der Regeln für die Wirtschaft aufstellt und diese auch kontrolliert.

Deshalb muss Politik am Erhalt der Arbeitsplätze ansetzen, soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Handelns rücken und Managern und Banken auf die Finger klopfen. Wir können nicht länger mit ansehen, wie die Ungerechtigkeit in dieser Gesellschaft weiter zunimmt.

Unternehmensgewinne und Managergehälter stiegen in astronomische Höhen. Gleichzeitig wuchs auch die Unterschicht, während die Mittelschicht drastisch schrumpfte – etwa 5 Millionen Menschen rutschten von der Mittel- in die Unterschicht ab. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist seit Jahren stark rückläufig.

Anforderungen und Antworten auf die aktuelle Wirtschaftskrise

Die aktuelle Finanzkrise weckt bei vielen Ökonomen Erinnerungen an die große Weltwirtschaftskrise am Ende der Weimarer Republik. Ein direkter Vergleich ist falsch. Dagegen spricht schon allein der bisherige Umgang mit der Krise. Wurden damals Ausgaben und Sozialleistungen massiv gekürzt, hat die Regierung jetzt mit Rettungsschirmen und Konjunkturpaketen gegengesteuert.

Bisher konnte die Katastrophe am Arbeitsmarkt weitgehend verhindert werden. Ohne die Instrumente wie Kurzarbeit, Zeitkonten und Beschäftigungssicherungsverträge, hätte die Krise wahrscheinlich noch viel tiefer in das Fleisch der Arbeitsplätze geschnitten.

Aber: Es kann doch nicht sein, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Kurzarbeit und Zugeständnisse im Rahmen betrieblicher Vereinbarungen einen Teil der Krisenlasten schultern, auf dringend benötigtes Geld verzichten, während die Verursacher des Desasters an den internationalen Finanzmärkten jetzt durch eine unverschämte Kreditpolitik Betriebe und Arbeitsplätze vor die Wand fahren, nur damit die Bankbilanz auch in Krisenzeiten aufgehübscht werden kann.

Derzeit sind allerdings viele Gesundheitsbetreiber unterwegs. Sie sagen, die Krise sei so gut wie vorbei. Doch deren Prognosen sind so nachhaltig wie eine Sternschnuppe. Fakt ist: Die

Wirtschaftskrise ist nicht beendet. Wenn man nach einem freien, tiefen Fall auf dem Boden aufschlägt, lässt sich nicht von Aufschwung reden.

Grundsätzlich muss gelten, dass Kurzarbeit Vorrang vor Entlassungen haben muss. Die Zeiten der Krise dürfen nicht als Jahre der Massenentlassungen in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen.

Um Beschäftigung zu sichern, Menschen vor Arbeitslosigkeit und vor sozialem Abstieg bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu bewahren, fordert die AfA:

- ❖ Die Landesregierung muss ein industriepolitisches Konzept erarbeiten, das hilft, den Strukturwandel zu bewältigen. Dazu muss zügig ein Fonds eingerichtet werden, mit dem die Eigenkapitalbasis und damit die Kreditfähigkeit von Unternehmen in der Krise gestärkt werden kann.
- ❖ Die Bundesregierung muss den Bezug des Kurzarbeitergeldes für 24 Monate auch für 2010 verlängern, ebenso das Transferkurzarbeitergeld und den Bezug von Arbeitslosengeld I. Und wir brauchen auch in Zukunft eine gesetzliche Förderung der Altersteilzeit. Die Rente mit 67 ist der falsche Weg.
- ❖ Die Arbeitgeber sollen Instrumente wie Kurzarbeit in vollem Umfang nutzen, um die Belegschaften zu halten, die Zahl der Ausbildungsplätze sichern und ausgebildete Fachkräfte übernehmen. Wir müssen alles tun um den jungen Menschen eine Perspektive zu bieten. Sie werden im nächsten Aufschwung in den Betrieben gebraucht.
- ❖ Wir unterstützen Modelle zur vorübergehenden Arbeitszeitreduzierung zur Beschäftigungssicherung. Ein solches Modell funktioniert nur, wenn die Kolleginnen und Kollegen zumindest einen Teillohnausgleich erhalten und betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind.
- ❖ Um den Produktivitätssteigerungen der Zukunft zu begegnen, brauchen wir alle Formen der Arbeitszeitverkürzung.